

Erhöht täglich mit Wochnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und bei Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 80 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mt. pro Quartal, mit Briefträgerbeleg 1 Mt. 40 Pf. Sechshundert der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Retterbergstraße Nr. 4.

Danziger Courrier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land. Organ für Jedermann aus dem Volke.

Verleger: K. H. Schmidt, Danziger Straße Nr. 4. Expedition: für die Danziger Zeitung Nr. 4, Danzig, Retterbergstraße Nr. 4. Abonnementpreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und bei Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 80 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mt. pro Quartal, mit Briefträgerbeleg 1 Mt. 40 Pf. Sechshundert der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Retterbergstraße Nr. 4.

Freisinnige Wählerversammlung in Danzig.

Danzig, 5. Januar. Die gestrige Versammlung im Saale des Bildungvereins eröffnete Herr Emil Bernz mit einer kurzen Begrüßung, wobei Redner bemerkte, daß die Versammlung zu einer allerdings sehr wenig günstigen Zeit, gleich nach Neujahr, wo namentlich die Geschäftstreibenden durch ihre Abschlüsse und die sonstigen Jahresgeschäfte sehr stark in Anspruch genommen seien, habe berufen werden müssen, aber Herr Abgeordneter Richert habe dringend gewünscht, während der parlamentarischen Festtagsferien, die jetzt einen kurzen Aufenthalt in der Heimath ermöglichen, mit seinen Wählern in Verbindung zu treten. Diesem Wunsch habe der Vorstand des freisinnigen Wahlvereins gern stattgegeben, obwohl er sich sagen mußte, daß viele Mitglieder, die sonst nicht fehlen würden, heute am Besuch der Versammlung verhindert sein würden. Der Vorsitzende ersuchte Herrn Richert, den ersten Vortrag zu halten.

Abg. Richert: Es ist mir allerdings, wie der Vorsitzende bemerkt hat, Bedürfnis gewesen, bei Gelegenheit der notwendigen General-Versammlung unseres Vereins trotz der Ungunst der Verhältnisse am Anfang des Jahres über die Reichstagsverhandlungen und sonstigen wichtigen Vorkommnisse Bericht zu erstatten und Ihre Wünsche zu hören. Wenn die Conferenzen hier Versammlungen halten, wenn sogar Herr v. Ploß wiederholt unserer Stadt die Ehre giebt, in ihren Mauern seine und seiner Freunde sogenannte „Politik des Mittelstandes“ zu entwickeln, so gebietet es schon die Pflicht der Höflichkeit, diese Mittelstandspolitik auch von unserem Standpunkt aus zu prüfen und zu beleuchten. Das neue Jahr beginnt unter friedlichen Aussichten. Die Fürsten und Regierungen Europas, in deren Hand die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt, sind entschlossen, den Völkern den Frieden zu erhalten. Freilich die Versicherungssprämie für denselben wächst immer mehr an und wenn die Berichte der Zeitungen, daß Frankreich große Summen für seine Artillerie zu verwenden im Begriff stehe, zutreffend sind, so wird Deutschland wohl oder übel folgen müssen. In dieser Sache giebt es wohl keinen Unterschied der Meinungen bei den Parteien. Auch unser Marineetat steigt von Jahr zu Jahr. (Redner geht auf diesen Etat näher ein, er betont die Notwendigkeit, die Werften stetig zu beschäftigen, um größere und schädliche Schwankungen in den Arbeiterverhältnissen zu vermeiden und er bedauert, daß der früher von der Regierung in Aussicht genommene Plan für die nächsten Jahre noch nicht vorgelegt sei. Als v. Stosch Chef der Admiralität war, wurde ein solcher Arbeitsplan sogar für 10 Jahre vorgelegt und trotz der fortgesetzten Fortschritte in der Schiffstechnik (inanziell inne gehalten.) In einem solchen Plane dürfte dann wohl auch nicht fehlen, was für Danzig sich je länger, je mehr als dringlich und unvermeidlich erweist. Bleibe Danzig Kriegshafen, so müßten auch für die Marine Einrichtungen getroffen werden, welche dem Handel und der Schifffahrt neben der kaiserl. Marine freiere Bewegung ermöglichen. Die Hafeneinfahrt in ihrer jetzigen Gestalt sei für Marine- und Handelschifffahrt durchaus unzureichend. Die Entwicklung des Verkehrs unserer Stadt hängt wesentlich von der Entscheidung dieser Frage ab. Die Finanzen des Reiches sind z. B. erfreulich, es hat sich gezeigt, daß unsere Annahme, die letzte Militärvorlage mit der großen, seit Jahrzehnten erlebten Erregungsfähigkeit der zweijährigen Dienstzeit wäre auch durchführbar ohne die neuen von uns ab-

gelehnten Steuern (Tabaksteuer u. s. w.) zutreffend war. Die Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern haben bereits in den letzten acht Monaten des laufenden Jahres incl. November ca. 49 Millionen mehr gebracht. Auch die wirtschaftliche Entwicklung schreitet fort und sie entspricht den Voraussetzungen, von welchen Graf Caprivi und die große Majorität des Reichstages bei Annahme der Handelsverträge ausgingen, die Einfuhr nach den Hauptländern unseres Verkehrs ist in erfreulichstem Maße gestiegen. Was wäre daraus geworden, wenn die Politik des Herrn v. Ploß und seiner Freunde, die nothwendig zu einem allgemeinen Zollkrieg geführt hätte, siegreich geblieben wäre. Welches Schicksal hätten namentlich Plätze wie Danzig nach Ausbruch eines solchen Zollkrieges und unter der „Mittelstandspolitik“ des Bundes der Landwirthe? Welcher Danziger Bürger könnte bei ruhiger Ueberlegung und im Ernst eine solche Politik wollen und unterstützen? — In hohem Grade erregt ist die öffentliche Meinung durch den Prozeß Veckert-Lühom. Wir stehen wahrscheinlich noch nicht am Ende der Enthüllungen. Es sind dabei Zustände an den Tag getreten, welche man kaum für möglich gehalten hätte. Es muß weit gediehen sein, wenn die Minister ihre Gewalt über ihre Beamten nicht für ausreichend erachteten, um dem Unwesen wirksam zu Leibe zu gehen, und wenn Minister v. Marschall, dessen Vorgehen Anerkennung und Dank verdient, sich in die Deffentlichkeit flüchten mußte, um die Intriguen, welche wahrscheinlich auch in die Zeit Caprivi's hineinklingeln, blozulegen und die Schuldigen zu fassen. (Gehefte Zustimmung.) Es wird sich ja bald bei den Verhandlungen im Parlament zeigen, ob und welche Konsequenzen die Regierung aus diesem und dem noch bevorstehenden Prozeße ziehen wird. Daß eine Aenderung in Bezug auf die sogenannte politische Polizei absolut erforderlich ist, kann nicht zweifelhaft sein. — Die zweijährige Arbeit an der Justinovelle hat einstweilen ein Resultat nicht ergeben. Auch die Freunde der Verminderung der Rechtsgarantien in der ersten Instanz nicht annehmen. Sehr bedauerlich ist es, daß es auch finanzielle Rückstände gegeben sind, welche die Regierung davon abgehalten haben, auf die Forderungen des Reichstages in Bezug auf die Gestaltung der ersten Instanz einzugehen. Nach unserer Meinung muß der Staat für die Erfüllung seiner großen Culturentfaltungsaufgaben: Rechtspflege, Schule etc. die Mittel nicht minder verfügbar machen, wie für seine äußere Sicherheit. (Bravo!) Die Verhandlungen über die Justinovelle sind übrigens nicht fruchtlos gewesen, sie haben die Aufmerksamkeit und das Interesse weiter Kreise des Volkes auf diese hochwichtige Frage gelenkt; die Reform, für welche der Reichstag eingetreten ist, und für welche jetzt das Volk sich auch interessiert, wird doch über kurz oder lang durchgeführt werden. Daß auch unter den gegenwärtigen schwierigen politischen Verhältnissen eine Initiative der Volksvertretung und nachhaltige Mitarbeit des Volkes Resultate erzielen kann, zeigt sich wie bei dem Säulengesetz in Preußen, so jetzt wieder bei der Duellfrage. Als ich mit dem Collegen Leymann von der Volkspartei im vorigen Jahre den gegen die Duell gerichteten Antrag im Reichstage einbrachte, konnten wir kaum erwarten, daß derselbe einstimmige Annahme finden würde. Und doch ist es, wenigstens dem wesentlichen Inhalte nach, geschehen und es mußte große Genugthuung hervorrufen, daß der Reichstag in einer Frage, die mehr als viele anderen die Volksseele auf das tiefste berührt, allerdings in

der etwas milderer Form des Amendements Beningen, einmüthig sein Datum abgegeben hat. Auch in der Erklärung des Reichskanzlers wurde in klarer und unzweideutiger Weise die Forderung des Volkes als eine berechtigte anerkannt. Am 12. November 1896 hat der Reichskanzler auf Grund der Ermächtigung des Kaisers dem Reichstage mitgetheilt, daß die Verordnung von 1874 in Betreff der militärischen Ehrengerichte dahin abgeändert werden soll, daß Streitigkeiten dahin abgeändert werden sollen, daß Streitigkeiten unter allen Umständen dem Ehrengericht vorgelegt werden müssen, und daß die Entscheidung des Ehrengerichts, die niemals auf eine Nöthigung zum Zweikampf oder auf eine Zulassung des Zweikampfes lauten darf, für die streitenden Theile unbedingt verbindlich ist. Wenn, wie zu hoffen ist, diese Abmachung des Kaisers und seines Reichskanzlers durchgeführt wird, so werden auch in der Armee die Duell- nahezu verschwinden. Das wäre immerhin ein großer und erfreulicher Fortschritt. Die gegenwärtig herrschende doppelte Moral: die Moral der großen Masse des Volkes, für welche das Gesetz gelten soll, und eine besondere Moral der oberen Jehnlaufend, welche sich über Gesetz und Religion ohne weiteres hinwegsetzen darf, ist für die Dauer unerträglich. (Gehefte Zustimmung.) Das Interesse der Staatshoheit und Staatsautorität ist hierbei engagirt. Wenn die jetzigen Zustände fortgedauert hätten, so wären daraus die größten Gefahren entstanden. Allgemeines, directes, gleiches Wahlrecht und eine besondere Duellmoral, welche den Mord gewissermaßen sanctionirt, sind absolut unvereinbar. Professor Dr. Binding in Leipzig hat in diesen Tagen in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, herausgegeben von Laband, Stenglein und Staube, einen bedeutungsvollen Artikel veröffentlicht, in welchem er ausführt, daß die vorläufige Löbding im Duell echter Mordfall sein kann. „Wer“, sagt er, „eine gesunde Ehe zerstört und dem Ehrenmanne die Frau verführt oder entführt hat, krönt seine Schändlichkeit dadurch, daß er demselben Manne die Augen durch das Herz schießt. Was heißt das? Wo bleibt die Ehre solchen Kämpfers? Auf das Schafot gehört er und nicht in ritterliche Haft!“ (Gehefter Beifall.) Nun, wir dürfen hoffen, daß die unzweideutigen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers eingelöst werden und daß auch unser Strafgesetz das Duell so bestrafen, wie es bestrafen werden muß. In das neue Jahr geht ein Kampf zwischen den einzelnen Berufsständen über, welcher, wenn er fortdauert, von den bedenklichsten Folgen sein muß. Ein Beruf, der in anderen Culturstaaten, z. B. in England, so hoch angesehen ist, daß die höchsten aristokratischen Familien einen ihrer Söhne demselben gern zuführen, der Kaufmannsstand, wird bei uns in letzter Zeit von verschiedenen Seiten auf das schmächtigste angegriffen, verspottet und verleumdet. Im Auslande ist der deutsche Kaufmann hoch angesehen, bei uns sucht man ihn möglichst zu erniedrigen. Wohin wir auch im Parlament gerathen, zeigt die letzte Verhandlung im Herrenhause. Der Handelsminister Bredfeld, der leider viel zu hart und nachsichtig mit den extremen Agrariern umgeht, mußte die Herren förmlich bitten, daß sie die Kaufleute nicht alle „als Mallicanten“ betrachten. Graf Altkowitsch hat für das Wort „Unverschämtheit“ gegen das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft bedauert, aber was er im übrigen gegen die Börse auszusprechen immerhin noch genug. Die Urtheile, welche jetzt aus agrarischen Kreisen über die Börse und die Preisnotirungen zu Tage kommen, übersteigen alles bisher Dagewesene. Preise machen kann die Börse nicht, das sollten die Herren Agrarier wissen. Herr

v. Below-Saleske hat im Herrenhause geäußert, daß „die Preisbildung“, zu deutsch Erhöhung der Getreidepreise, bis jetzt nur ein frommer Wunsch in seinem Herzen wäre (Heiterkeit), aber von dem frommen Wunsche bis zur That ist es nicht so weit. Freilich erreichen werden die Agrarier ihre Absichten nicht. — Doch nun zu „der Mittelstandspolitik“ des Herrn v. Ploß. Er ist auch in Danzig wieder gegen die Handelsvertragspolitik Sturm gelaufen. Seine Organe beklagen sich darüber, daß die hiesige Zeitung ihm in den Mund gelegt hätte: Die Minister, die die Handelsverträge wollten, möchten gehen, während er nur gesagt habe, „man müßte warten bis sie gehen“. Mir scheint die Sache nicht so sehr erheblich, ob so oder so. Haben sich die Herren vom Bunde der Landwirthe genirt die Forderung zu stellen, daß die Minister ihren Platz räumen? Hat man denn den Artikel des Freiherrn v. Wangenheim in der Correspondenz des Bundes der Landwirthe, der den Rücktritt des Grafen Caprivi in den allerhöchsten Ausdrücken verlangt, vollständig vergessen? Mit stärkeren Mitteln ist eine Opposition nicht zu machen. Soll man an die Vorgänge in der Generalversammlung im Circus Busch noch einmal erinnern? Hat nicht das Organ des Bundes der Landwirthe die jetzige Regierung angeklagt, daß sie eine wirtschaftliche Politik treibe, welche „eine antimonarische“ sei? Wir bestreiten den Herren vom Bunde der Landwirthe durchaus nicht das Recht der Opposition. Jede Partei hat dasselbe. Wir verlangen nur dasselbe Recht, dieselbe Anerkennung. Bei uns aber thut man, als wenn wir Feinde des Vaterlandes und der Monarchie wären. Die Herren betrachten sich eben immer noch als die privilegierten Stützen des Thrones, auch wenn sie Opposition machen, uns dagegen, auch wenn wir, wie jetzt, den Reichskanzler unterstützen, als Leute, die gefährlich sind und die man abthun müsse. Hat doch Herr v. Ploß im vorigen Herbst in Marienburg sich zu der Behauptung verstimmt, daß über die Regierung ein „gewisses Schamgefühl gekommen sei“, als sie sich auf freisinnige und Socialdemokraten bei den Handelsverträgen stütze. Nun — was wir thun, ob mit oder gegen die Regierung, thun wir nach innerer Ueberzeugung im Interesse des Vaterlandes. Wir beanspruchen dafür von niemanden Dank und Belohnung, sondern nur Gleichberechtigung. (Gehefte Zustimmung.) — Die Herren von der Mittelstandspolitik verzeihen immer, daß wir heute noch einen Getreidezoll haben, der 5 Mk. höher ist, als der Zoll, von dem Fürst Bismarck im Jahre 1880 sagte, „auch der verrückteste Agrarier denke an ihn nicht“. Der heutige Zoll von 35 Mk. pro Tonne macht immer noch 20 Procent des Wertes beim Weizen und sogar 30 Procent beim Roggen, dem unentbehrlichen Volksernährungsmittel, aus. Die Deckung der Reichsausgaben kommt aus den indirecten Steuern, welche 1874 6 Mk., jetzt aber schon zwischen 14—15 Mk. pro Kopf der Bevölkerung ausmachen. Wie die Regierung für die Landwirthschaft in den letzten Jahren eingetreten ist, das zeigt die Denkschrift des Landwirtschaftsministers, welche leider noch nicht genug verbreitet im Volke ist. Darnach werden die 37 1/2 Millionen, welche in Preußen der ländliche Grundbesitz an Einkommen- und Vermögenssteuer zahlt, seit 1888 allein an Staatszuschüssen für die Schule dem platten Lande zurückgezahlt. Außerdem sind dem platten Lande zur Entlastung 28 1/2 Millionen an Realsteuern überwiesen. Und dann will man immer noch die Regierung anklagen, daß sie nichts für den Großgrundbesitz thut? Wer sich einbildet, daß der Antrag Rantitz beim Mittelstande, zumal hier, Anhänger finden kann, dem mag man gratulieren. Das zweite Hauptstück der „Mittelstandspolitik“ ist die Geld-

Die Sonne. Roman von Anton v. Perfall-Schliersee. (Fortsetzung.) Treubergs wie ein Schwamm von Ruhm und Erfolg gesättigtes Herz war schwer wie Blei, jedes Aufschwümmen unfähig. Er war in Verlegenheit, diese ihm selbst peinliche Stimmung zu verhehlen. „Aber Kind, wer wird denn darüber gleich den Kopf verlieren, ein Weib wie du! Ueber so etwas schläft man doch — halt, da kommt mir ein trefflicher Gedanke.“ Aus Barbaras Augen drang ein schwacher Hoffnungsschimmer. „Wir verkaufen.“ Barbara lächelte auf. „Frage deinen Herrn Ringelmann, den Herrn Aufsichtsrath, der wird dir darauf antworten.“ „Das wird er auch, und zwar heute Abend noch — eben an die Gesellschaft verkaufen wir — er wird sein Möglichstes thun, mir zuliebe, verlaß dich darauf.“ „Ich will aber nichts von ihm! Von ihm nichts und von dem ganzen Pack nichts — hörst du!“ Ihre gebückte Gestalt raffte sich plötzlich wieder auf, etwas Feindliches, Drohendes lag in ihrer ganzen Haltung. „Aber ich bitte dich, was kann denn dieser Ringelmann dafür! Was willst du denn, etwas muß doch geschehen.“ „Ja, das muß auch, das fühle ich —.“ Sie strich sich mit der Hand über das Antlitz, ihr Athem ging schwer. „Du bist krank! Ich hole dir einen Wagen — ich glaube wirklich, du phantastest.“ „Wohin ja, ehe du kamst — schon eher —

kannst du dich noch an das Bild erinnern, an die verrückte Französin? — Ich weiß nicht mehr, wie sie hieß. — Aber jetzt bin ich wieder ganz vernünftig — suchbar vernünftig. — Gustav!“ — Ihre Hand sagte lebend die seine. Sie war glühend heiß. Tödliche Angst sprach aus dem Ton, in welchem sie den Namen des Geliebten nannte, und ihr Blick suchte etwas in seinem Antlitz. „Sag mir nur ein gutes Wort.“ „Aber ich sage dir ja, ich werde alles versuchen, heute noch — mache es mir doch nicht so schwer.“ Da fühlte er sich rauh zurückgestoßen, und ehe er es verhindern konnte, war Barbara im Dunkel der Bäume verschwunden. Er eilte wenige Schritte nach, flüsterte ihren Namen, rief ihn laut, dann kehrte er verdroffen um. „Doch ein hartes Ding — was soll ich denn — an diesem Abend! Nein, ich werde ihn mir nicht verderben lassen.“ Er eilte raschen Schrittes die Allee zurück. Das Liebespaar saß noch auf der Bank, unter den dunklen Kastanien: „Nur Muth! Ich laß dich nicht und wenn — heimliches Schluchzen — ein Auf.“ Treuberg eilte rasch vorbei, dem Club zu. Als er das mit kostbaren Teppichen belegte hell erleuchtete Stiegenhaus betrat, Gläserklang, frohes Gelächter ihm von oben entgegendrang, Kellner mit gefüllten Platten und Champagnerkübel an ihm vorüberzogen, mußte er am Treppengeländer sich festhalten. Der Athem versagte ihm. Er sah die zusammengedückte Gestalt Barbaras auf der Bank im Dunkel der Kastanien. Was hilft das alles, das Leben bringt einmal solche Gegenstände! Er betrachtete sich in einem der großen Wandspiegel, knüpfte seine Cravatte zurecht, strich das dunkle Haar mehr in die Stirn. In dem Rahmen der von einem Kellner so eben geöffneten Flügeltür erblickte er die tadelnde Gesellschaft. Ein üppiges, lächerliches Bild! Die

Raschheit, mit der es ausleuchtete und wieder verschwand, erhöhte den Eindruck. Er hatte deutlich Johanna erkannt, umflimmert von diesen tausendfältigen Sprücheln der Wandvergoldungen, der Lüster, des Silberzeuges, der Uniformen, von Schmuck, Sammt, Damast, nackten Frauenhüften und Armen. Das war die Welt, nach der er ein so heißes Verlangen trug, die seinen Sinnen so schmeichelte. Er verglich damit einen Augenblick die Gesellschaft im Café Metropol. Diese abgearbeiteten, glanzlosen Gestalten, mit dem Stempel der Noth, wühlenden Ehrgeizes, oder verzehrenden Hasses und Neides auf der Stirn, den großen, lösennden Worten im Munde, dem suffizanten Lächeln auf den Lippen. „Ganz tapfer, junger Mann, aber, unter uns gesagt — Sie haben verdammtes Schwein gehabt. — Lassen Sie sich dadurch nicht irren machen — wir erwarten etwas ganz anderes von Ihnen! Das nächste Mal sehen wir Ihnen schon besser auf die Finger!“ Er glaubte Doctor Wielands Stimme zu hören. Diefelbe brachte ihn jedoch auf einen poetischen Gedanken. Man darf es mit diesen Leuten nicht ganz verderben. Er zog eine Visitenkarte heraus, schrieb darauf: „Leider dringend verhindert! Mit herzlichem Gruß an die Tastertrunde!“ Er überreichte sie einem Kellner, er solle sie in das Café Metropol besorgen. Dann trat er ein. Stürmischer Empfang! Da ist er ja! — er war offenbar eben der Mittelpunkt der Unterhaltung. Graf Leining erlachte auf ihn zu, nahm ihn am Arm und stellte ihn den noch unbekanntem Herren und Damen vor. „Herr Gustav Treuberg, der Sieger von heute Abend, meine Herrschaften! Ich trete mein Präsidium feierlichst zu Gunsten meines Herrn Collegen hier ab, der Kunst gebührt der Vorrang.“ Alles umdrängte ihn, drückte ihm die Hand,

trank ihm zu. Die Damen nickten sich, ihn durch die Lorgnette wie ein Schaustück betrachtend, schmunzelnd zu — ein interessanter Mann! Er küßte mit Inbrunst die Hand Johannas, die ihm glückstrahlend entgegenkam. Ihre Schönheit, von einem Feuer durchglüht, war jetzt eine überraschende. Man blickte unwillkürlich auf die beiden Schicksalinder des Glüches. Treubergs Dank war unbegrenzt. Er stellte den Erfolg über das Werk. Hier stand sein strahlendes Symbol, ein schönes Weib in der Fülle der Jugend, das ihm begeistert zulächelte. Das andere, das der Arbeit, des mühevollen Ringens, verzweifelter Verjagens, verschlang die Nacht der Kasanienallee, es störte ihn nicht mehr. „Hätten Sie sich gedacht damals im Coupé, daß wir beide zusammen den schönsten Abend unseres Lebens feiern würden, in so kurzer Zeit?“ Johanna legte bei diesen Worten ihren Arm auf die Schulter Leining's. Der Dichter konnte nicht zweifeln, was dieser Mann ihr war. „Wirklich, auch ich darf gratulieren, und heute — heute —“ Begeistert griff er nach einem Glas und hob es hoch. „Es lebe die Sonne! Gnädige Frau“, wandte er sich an Frau Ottilie, „vollenden Sie Ihren herrlichen, so wahren Spruch, der sich in meine Seele eingegraben.“ „Die alles erwärmende, ernährende, deren befruchtende Strahlen jedem Keim zu seiner größtmöglichen Entwicklung verhilft, dem fernsten Thale die Pflanzwelt des Lichtes bringt, der einsamsten Pflanz.“ „vollendete Frau Ottilie mit vollem Pathos.“ „Es lebe die Sonne, — unser geliebtes, theures M...!“ rief von neuem, unter stürmischem Zuruf und Gläserklang, Treuberg. (Fortsetzung folgt.)

verschlechterung, welche nach dem Grafen Mirbach eine Entlastung der Schulden des Grundbesitzes bringen soll, aber dem gesammten Volke geradezu verhängnißvoll werden würde. 1870 kaufte man für 1 Pfund Gold 18 1/2 Pfund Silber, heute 31. Wer wäre wohl ein solcher Gabel, nach Einführung der Doppelwährung nicht für 1 Pfund Gold 31 Pfund Silber zu kaufen? Erhöhung aller Preise, nicht nur der landwirthschaftlichen Producte und eine enorme Entwerthung des Arbeitslohnes, des Gehaltes und der festen Einkünfte der Beamten etc., der 4/5 Milliarden, die allein in den preussischen Sparkassen liegen, würde eintreten. Die Beamten sehen das auch sehr gut ein. Die Vertreibung der Conservativen auf Gehaltsenerhöhung zieht nicht mehr, ebenso wenig wie die Vertreibung der Arbeiter auf Lohnenerhöhung. — Weiteres Stück der „Mittelstandspolitik“ des Herrn v. Plösch ist sein Antrag in Betreff der Invaliditätsversicherung! Eine baldige Verhandlung im Reichstage wäre sehr erwünscht. Danach würden die Invaliditäts-Pensionen nicht nur herabgesetzt, sondern die Lasten würden zum großen Theil von den Schultern der Großindustriellen, welche es garnicht verlangt haben, und der Großgrundbesitzer auf die Schultern aller Leute, die ein Einkommen über 600 Mk. haben, abgewälzt. Auch für diese angebliche Wohlthat der Herren v. Plösch u. Gen. wird sich der Mittelstand bestens bedanken. (Bravo.) Und welche ein vorzügliches Seitenstück dazu ist der Antrag der Herren v. Plösch, v. Kardorff, Ciebermann v. Sonnenberg in Sachen der Margarine. (Redner geht auf die Bestimmungen des Antrages näher ein und erwähnt unter großer Heiterkeit der Versammlung die Forderung desselben, daß alle Gesetze, die Margarine enthalten, mit einem 5 Centimeter breiten rothen Streifen umgeben sein müssen, und die Bemerkungen des „Vorwärts“ über diese republikanischen Absichten. — Welche Folgen die „Mittelstandspolitik“ des Herrn v. Plösch und seiner Freunde für unsere Danziger Erwerbskreise in allen Theilen haben würde, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man annimmt, daß die Anträge jener Herren in Bezug auf die Befestigung der 1879 mit sehr vieler Mühe von uns durchgesetzten Transsitlager und die Aufhebung der Zollcredite angenommen und von der Regierung durchgeführt würden. Und nun noch gar die Möglichkeit einer Wiedereinführung des Identitätsnachweises! Gerade die Befestigung desselben und die Einführung der Transsitlager sei ein erheblicher Vortheil für die Landwirtschaft (Redner weist dies durch Zahlen nach) und es wäre vollständig unbegreiflich, wenn die Landwirtschaft auf solche Forderungen eingingen. Die Wohlthaten der Mittelstandspolitik des Herrn v. Plösch sind damit noch keineswegs erschöpft, aber schon das Angeführte genügt wohl vorläufig. (Zustimmung.) Mühe geben sich die Herren vom Bunde der Landwirthe weidlich, das muß man rühmend anerkennen. Sie füllen ihren Kampffonds jährlich mit nahezu einer halben Million Mark und verwenden diese für die Agitation. Kläglich ist dagegen, was von den Liberalen geschieht. Viele derselben sehen immer noch nicht ein, daß die Dinge sehr ernst sind und daß man auch ansetzen müsse, wenn man etwas erreichen wolle. Man müsse fordern, daß endlich genauere Untersuchungen über die Lage der Landwirtschaft im einzelnen angeestellt würden. Der „Staatsanz.“ habe allerdings dankenswerthe Beiträge in dieser Beziehung veröffentlicht. Auch ein strenger Conservativer, Herr v. Nathusius, habe die übertriebenen Schilderungen des landwirthschaftlichen Nothstandes entschieden bekämpft, ebenso wie die Gewaltmaßregel des Antrages Kanitz, der nur dann einen Sinn habe, wenn jeder Landwirth, der nachgewiesenermaßen noch mit Unterbilanz wirtschaftete, auf dem Wege der Expropriation von seinem Besitzthum enteignet würde. Wenn der Großgrundbesitz noch ausgedehntere Staatshilfe verlange, so müsse er auch die Nothwendigkeit derselben erweisen. Was würden die Herren vom Bunde der Landwirthe wohl sagen, wenn ihren Forderungen gemäß die Kaufleute jetzt die Forderung erheben würden, daß sie in ihre Wirtschaftsführung sehen und namentlich ihre Bücher revidiren möchten. Würden sie eine solche Forderung nicht mit Entrüstung zurückweisen? Trotz der großen Mittel und der überaus starken Agitation habe der Bund der Landwirthe bei den Nachwahlen nur einen einzigen Erfolg, und zwar in Waldeck in Folge der Unehligkeit der Liberalen, mit einem antisemitischen Candidaten erzielt, dagegen sechs andere Wahlsitze verloren. Ein entscheidender Kampf stehe bevor. Die Liberalen hätten ihn nicht zu fürchten, aber sie sollten die Lage ernst nehmen und vor allem angeht die gemeinsamen Gefahr näher aneinandertreten und über kleinliche Fraktionsinteressen und Zänkereien hinwegsehen. Nur der geeinigste Liberalismus werde in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe liegen, und er könne nur siegen, wenn er den Interessen einzelner Berufsstände gegenüber das Panier des allgemeinen Wohls vorantreibe. Nur mit der Berücksichtigung des allgemeinen Wohls sei dem Vaterlande und der Monarchie gedient. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende spricht Herrn Richtert namens der Versammlung lebhaften Dank aus für seine fesselnden Darlegungen und namentlich für die unermüdete Thätigkeit im Parlament und in Vertretung der Anschauungen seiner Wähler. Die Versammlung bekräftigt diesen Dank durch ein dreifaches Hoch.

Nachdem der Vorsitzende dann die Discussion über die von Herrn Richtert behandelten Angelegenheiten eröffnet hatte, führte zunächst Herr Simjon aus, daß durch die Thatfachen wiederholt in überzeugender Weise der Nachweis geführt worden sei, daß die Wiedereinführung des Identitätsnachweises und die Aufhebung der Privat-Transitlager den Landwirthen selbst erheblichen Schaden bringen werde. Von dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft sei eine Denkchrift an den Reichskanzler eingereicht worden, und sowohl der Magistrat wie die Stadtverordnetenversammlung seien den Ausführungen derselben in einer von ihnen einstimmig beschlossenen Petition beigetreten. Man könne doch wohl heute nicht sagen, daß unser Magistrat von Parteirücksichten beherrscht werde. Der einstimmige Beschluß des Magistrats beweise, daß von politischen Gründen bei diesem Beschlusse nicht die Rede sein könne. Er der That handle es sich hier um

Sein oder Nichtsein, um einen Lebensnerv der Danziger Handels- und damit um die wichtigsten Erwerbsinteressen, deren Gefährdung auch die Landwirthschaft schwer empfinden würde. Redner beantragt schließlich die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung spricht den städtischen Behörden und dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft Danzig ihre volle Zustimmung aus zu dem Protest gegen den im Reichstage eingebrachten Antrag der Conservativen, welcher die Aufhebung der Transitlager und des Zollcredits für Getreide verlangt. Hierdurch sowohl wie durch die Wiedereinführung des Identitätsnachweises würde nicht nur die gesammte erwerbs-treibende Bevölkerung unserer Stadt, sondern auch die Landwirtschaft unserer Provinz aufs schwerste geschädigt werden.“

Herr Geh. Commerzienrath Damme: Ein Punkt sei ihm in der Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten Richtert aufgefallen, den er der Aufmerksamkeit der Versammlung ganz besonders empfehlen wolle, es seien dies die Ausführungen betreffend die Neuwahlen. Es sei dringend notwendig, bei denselben die liberalen Parteiunterschiede fallen zu lassen. Die liberale Partei müsse in erster Linie danach streben, an der Wiederwahl solcher Leute festzuhalten, welche die Wirtschaftspolitik des Grafen Caprivi unterstützen. Herr Richtert habe die Marine das Schöpfungswort des deutschen Volkes genannt, und er stimme dem auch bei, aber wir Danziger müßten unter dem Triumph sehr schwer leiden. Durch die Kanongesetze wäre der Bau von Häusern mit Schwierigkeiten verknüpft, vielfach verhindert worden und die Industrie habe unter der Herrschaft dieser Gesetze sehr schwer gelitten. Erst als eine Erleichterung der Gesetze eintrat, fing sich etwas Industrie zu regen an, aber Gott sei es geklagt, nur herzlich wenig. Ein neuer Kanon steht uns jetzt wieder bevor. Als seiner Zeit das große eiserne Schwimmdock an der kaiserlichen Werft stationirt werden sollte, wurde bei der Kaufmannschaft angefragt, ob wir etwas dagegen einzuwenden hätten. Wir fuhren hinaus und ein Gerüst bezeichnete die Dimensionen des Schwimmdocks. Wir fanden, daß das Fahrwasser schwierig geworden sei und auch das Beholten durch das Ausbringen der Troffen über die Weichsel erregte bei uns Bedenken. Der damalige Polizeipräsident Schuller versprach eine Polizeiverordnung zu erlassen, wenn sich Mängel herausstellen sollten. Als sich nun in der Folgezeit wirklich Mängel herausstellten, hieß es dann, die Marine übe ein Hoheitsrecht aus, welches durch eine Polizeiverordnung nicht beschränkt werden könne. Vor einiger Zeit verlangte die Marine am Holm eine Stelle, um dort eine Panzer-Kanonendock-Division zu stationiren. Als dieses Verlangen abgelehnt worden war, wurde ein Lagerplatz längs der Feste Weichselmünde eingeräumt. Dieser reichte nicht aus und nun läßt die Marineverwaltung das alte Fort Bousmard herrichten, um dort Kohlen, Theeröl und anderes Brennmaterial zu lagern. Bei den Beratungen einer neuen Hafenanordnung ist nun für die Marine ein Vorkaufsrecht an der Ostmole und einem Theil der Weichselplatte verlangt worden. Der Erlaß dieser Ordnung wäre gar nicht nöthig gewesen, denn schon 1895 war bei den Marinemändern die Weichselplatte von Torpedobooten derart besetzt, daß es ziemlich überflüssig war, daß Handelsschiffe sich dorthin bemühten. Wenn Handelsschiffe im Herbst 1895 nicht auf der Rheide hätten liegen bleiben müssen, so habe es nur daran gelegen, daß der Verkehr damals außerordentlich schwach gewesen sei. Vor mehr als dreißig Jahren sei es wirklich einmal vorgekommen, daß Handelsschiffe wegen Enge des Hafens wochenlang auf der Rheide liegen mußten. Unser Hafen sei noch jetzt zu eng, um dem Handel und der Marine zu dienen. So könne es nicht weiter gehen, und wenn die Nothwendigkeit immer wachsende Marine nicht etwa östlich von der Weichsel eine eigene Einfahrt erzielte, sondern unseren bisherigen Hafen beanspruchte, dann seien wir ruiniert. Die Marine müsse sich entwickeln und jedermann müsse einsehen, daß der Danziger Hafen zu schmal sei, um zu einer Kriegsoperation benutzt werden zu können. Er wolle diese Angelegenheit Herrn Richtert ganz besonders an das Herz legen. Was nun die Aenderung der Valuta betreffe, so würde durch die Einführung der Silberwährung das Geld genau um 50 Procent verschlechtert werden. Vor etwa 3 Jahren sei in Danzig unter reicher Betheiligung der Provinz eine Versammlung zu Gunsten des russischen Handelsvertrages abgehalten worden, in welcher über allerlei Sachen, und auch über die Zollpolitik gesprochen worden sei, man könne gegen Rußland einen Getreidezoll von 50 resp. 75 Mk. aufrecht erhalten, während derselbe anderen Ländern gegenüber auf 35 Mk. ermäßigt worden sei. Er habe damals über die Entwerthung des Geldes gesprochen und habe dieselbe als eine Unglück für das ganze deutsche Land bezeichnet, da sie eine Krisis hervorrufen würde, unter welcher auch die Landwirtschaft leiden werde. Er sei überzeugt, daß die Vertheidiger der Silberwährung die Folgen ihrer Handlungsweise nicht erkannten und habe deshalb gesagt: Herr vergleich ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun. Damals sei eine Entrüstung gegen ihn entstanden und einige Landwirthe hätten sich darüber beschwert, daß er ihnen so zu sagen Dummheit vorgeworfen habe. Das habe er keineswegs gewollt, sondern nur ein bekanntes Wort dafür anwenden wollen, daß die Bimetallisten die Folgen ihrer Handlungen nicht übersehen. Nachdem er inzwischen mehrere Aeußerungen, namentlich auch den schon von Herrn Richtert erwähnten Ausspruch kennen gelernt habe, sei er zu der Erkenntniß gekommen, daß die Führer wenigstens recht gut gewußt haben, was sie thaten. Es sei doch wirklich ein beschämender Fall, daß ein großer Theil der Bevölkerung Lust habe, seine Gläubiger von Getreide wegen um 50 Proc. zu kürzen. Es sei bedauerlich, daß die Regierung den Bimetallisten noch immer nicht das richtige Wort gesagt habe. — Unter den alten, etwa vor dreißig Jahren abgesehenen Getreidezöllen habe kein Identitätszwang bestanden; man habe so viel ausländisches Getreide zulassen können, wie ausgeführt wurde, gleichviel ob in- oder ausländisches. Als die Bismarck'schen Getreidezölle eingeführt wurden, habe die Kaufmannschaft darnach gestrebt, daß wiederum der Nachweis der Identität wegfallen sollte. Als das nicht erreicht werden konnte, seien wenigstens die Transitlager durchgesetzt worden. Diese hätten aber privater Natur sein müssen, weil der Staat nicht im Stande gewesen sei, die erforderlichen Lager zur

Verfügung zu stellen. Wenn nun diese Privat-transitlager aufgehoben würden, so würde das ausländische Getreide an der Grenze verzollt werden müssen. Dadurch werde aber hervorgerufen werden, daß das Betriebskapital in ungeheurem Maße wachsen müsse, so daß der Getreidehandel bald das Privileg einiger wenigen reichen Leute sein würde. Statt daß wir heute in Memel, Königsberg und Danzig ein großes Transitgeschäft besäßen, würde zukünftig die Waare, wie die Zollschwierigkeiten an unserer Grenze zu vermeiden, nach Elbau dirigirt, und von da nach Berlin über Stettin und für Westdeutschland über die holländischen und belgischen Häfen übergeführt werden. Dann aber würden unsere Häfen und Speicher leer stehen, die Arbeiter hätten keinen Verdienst mehr und die Kaufleute keinen Umsatz. Dann könnten ja allerdings die Kaufleute, welche noch einige Mittel besäßen, nach Hamburg und Bremen, welche außerhalb preussischer Republiken favorisirt würden, auswandern, was solle aber aus denen werden, die von ihre Hände Arbeit leben? Das sei eine Perspektive, die geradezu schandlos sei. Es bewähre sich dabei die agrarische Fürsorge für die Arbeiter und den Mittelstand! — Die Aufhebung des Zollcredits mache keine Geringere. Bei der Waare, die auf Transitlager war, wurde ein Zollcredit überhaupt nicht gewährt. Das geschehe nur bei der Waare, die sofort für den freien Verkehr verpackt werde, und da handle es sich immer nur um verschwindende Mengen. Die Forderung von Staffeltarifen, selbst wenn dieselben durch die Wiedereinführung des Identitätsnachweises erkaufet werden müßten, sei geradezu hinderlich. Die Transportkosten auf dem directen Eisenbahnwege anstatt des Transports über See würden doch nur eine Ersparniß von wenigen Mark pro Tonne ergeben; dagegen würden die Landwirthe den vollen Zollschutz von 35 Mk., den sie nach Aufhebung des Identitätsnachweises heute genießen, wieder verlieren. Sie werden sich deshalb wohl noch befinden. Was nun die Kontrolle der Landwirthe nach dem Börsengesetz anbetreffe, so habe sie hier bis jetzt einen harmlosen Charakter getragen, und es sei ein Glück, daß wir noch keinen Jank gehabt haben. Als 1888 Herr Geheimrath Camp seine Ansichten über die Feststellung des Qualitätsgewichtes durchzuführen wollte, sei eine Konferenz unter dem Vorst. des verstorbenen Oberpräsidenten v. Ernsthausen abgehalten worden. Als nun der Herr Geheimrath über Mißbräuche der Börse gesprochen habe, hätten ihm die Vertreter der hiesigen Kaufmannschaft gesagt: „gut, so maßregeln Sie diese Bömiechte ganz ordentlich, aber lassen Sie uns in Ruhe“, und die Vertreter der Landwirtschaft, die Herren Hagen-Gobnowitz, Rümker-Rohojohann und v. Puttkamer-Gr. Plauth hätten bestätigt, daß sie hier stets reell bedient worden seien. Dennoch seien damals die Vorschläge des Herrn Camp eingeführt worden. Wir haben jetzt ein Börsengesetz erhalten, welches uns nicht gefällt. Da wir aber nicht zu den Geistes der Nation gehören und weil die meisten von uns nicht studirt haben, also nicht satisfactionsfähig sind, werden wir dem Gesetz gehorchen. Dieser Weg wird uns erleichtert, weil wir in Westpreußen nicht so angegriffen worden sind, wie unsere Berufsgenossen in Ostpreußen und Pommern; wir haben sozulagen eine anständigere Behandlung erfahren. Wir verlangen nicht, die Institute der Landwirthe unsererseits zu controliren, obgleich wir wohl ein Interesse davon haben könnten. Die Landwirthe haben landwirthschaftliche Verkaufsstationen eingerichtet, welche sich zu Untersuchungsstationen herausgebildet haben. Allerdings sind die Ermittlungen dieser Stationen häufig nicht zuverlässig und es ist vorgekommen, daß dieselbe Waare von einer Station für vortreflich, von der anderen für gefälscht erklärt worden ist. Derartige Institute, an denen doch die Kaufleute civilrechtlich und criminallyrechtlich stark theilhaftig sind, werden gänzlich ohne kaufmännische Betheiligung oder Kontrolle verwalter. Er wolle auch gar nicht dahin, weil er fühle, daß er da nicht hingehöre, wo er keine Leistungen zu erfüllen habe. In dem Börsengesetz sei ein anderer Weg eingeschlagen worden, da Leute an eine Stelle gekommen seien, wogegen sie nicht gehörten. Aber gestrenge Herren regieren nicht lange, die Herren würden bald merken, daß durch Preisnotirungen noch keine Preiserrhöhung erzielt werde. Sie würden bald dieselbe Erfahrung machen wie jüngst ein Agrarier in Berlin. Dieser wollte einen Posten Roggen kaufen und beauftragte einen Makler, 134 Mk. dafür anzulegen. Als nun aber der Makler zu 131 Mk. gekauft hatte, wurde er ungehalten über den billigen Preis, da er doch den Preis auf 134 Mk. setzen wollte. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Herr Kammerer giebt namentlich den Anschauungen seiner Genossen aus dem Arbeiterstande Ausdruck. Daß das Invaliden- und Altersgesetz nichts lauge, darüber seien die meisten Arbeiter einig. Wenn aber die erwähnten Anträge auf Veränderung des Gesetzes zur Annahme gelangten, dann würde das Gesetz noch schlimmer werden. Die Margarine, deren Herstellung von agrarischer Seite möglichst erschwert werden solle, verbräuche hauptsächlich der Arbeiter, welcher meist kein Geld habe, um sich die theurere Butter kaufen zu können. Er hoffe, daß der Antrag Plösch u. Gen. nicht durchgehen werde, durch welchen nicht nur die Arbeiter, sondern vornehmlich auch die Kaufleute betroffen würden. Vielleicht verlange dabei noch die agrarische Partei, daß im Margarinehandel nicht nur die Zäffer, sondern auch die Kaufleute roth angestrichen werden sollten. (Heiterkeit.) Er bedauere, daß die Kaufleute nicht so zahlreich, wie es nöthwendig sei, hier vertreten wären, wenn sie sich nicht mehr hätten, hätten sie später, wenn es nutzlos sei, kein Recht sich zu beklagen. Die Arbeiter seien für ihre Interessen eingetreten, möchten es doch die übrigen Berufsstände mit voller Energie thun. Er bedauere es lebhaft, daß diese sich so verhältnißmäßig wenig rührten. Dadurch, daß man hübsch zu Hause bleibe und sich zeitig schlafen lege, werde keine erste Gefahr abgewendet. (Zustimmung.) Zur Abwehr derartigen Angriffe müsse der gesammte Kaufmannsstand zusammenhalten. Der Redner bringt dann folgende, von ihm und den Herren Nisjer, S. Bruhns, A. Jädel, A. Nehring, C. Laade und O. Karl unterschriebene Resolution ein:

„Die Versammlung bittet den Reichstag, die von den Conservativen auf Veranlassung des Bundes der Landwirthe eingebrachten Gesetzesentwürfe betreffend die anderweitige Vertheilung der Lasten der Invaliditäts-

versicherung und den Verkehr mit Margarine und Butter etc. zu verwerfen, sie proteffirt gegen alle Bestrebungen, welche auf eine Einschränkung der Freizügigkeit und der Coalitionsfreiheit hinstreben.“

Herr Richtert hebt hier noch hervor, daß er über die gesetzgeberischen Projecte des Bundes der Landwirthe wie über manche andere Absichten derselben nicht gesprochen habe. Die vorgeschlagene Resolution könne er jedoch empfehlen. Bei dieser Gelegenheit bemerkt Redner, daß die Behauptung des Herrn v. Plösch in Danzig, der Bauernverein „Nordost“ sei „ein Machwerk Richterts“, durchaus unzutreffend sei. Allerdings habe er wiederholt auf den Versammlungen des liberalen Wahlvereins die Nothwendigkeit einer größeren Rührigkeit seitens des kleinen Grundbesitzes hervorgehoben. Der Bauernverein „Nordost“ sei aber in seiner Abwesenheit und ohne sein Zutun gegründet. Er begreife denselben jedoch und sei auch vor einigen Wochen dem Verein beigetreten, da er ja selbst ländlicher Grundbesitzer sei.

Der Vorsitzende bemerkt zu den Ausführungen des Herrn Kammerer, daß in der Margarinefrage die Interessenten aus kaufmännischen Kreisen bereits selbständig mit einem Protest vorgegangen seien. Er müsse ja also in dieser Beziehung gegen den etwaigen Vorwurf der Fügigkeit in Schutz nehmen. — Es gelangen dann die von den Herren Simjon und Kammerer u. Gen. beantragten Resolutionen zur Abstimmung. Ein Widerspruch erfolgt nicht und da auf die Aufforderung des Vorsitzenden zur Rundgebung von Gegenstimmen sich keine Hand erhebt, wird die einstimmige Annahme der beiden Resolutionen constatirt.

Namens der Landtags-Abgeordneten Danzigs spricht nunmehr Herr Ehlers: Es liege eine gewisse Härte auch für die Versammlung darin, daß er jetzt noch zum Sprechen aufgefordert werde, denn auch ein politisch sehr ausgebildetes Gemüth sei durch die Fülle desjenigen, was heute Abend schon geboten worden sei, vollaus in Anspruch genommen. Er wolle sich daher nur auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken. Wenn er auf die kurze Zeit seiner parlamentarischen Thätigkeit zurückblicke, so müsse er die Frische bewundern, die sich seit älterer College und Freund Herr Richtert bewahrt habe, von dem Anfang der sechzig Jahre her bis zum heutigen Tage. Es liege im Grunde kein großer Reiz darin, im Parlament einzutreten als Angehöriger einer Fraction von ganzen sechs unter mehr als 400 Mitgliedern des Hauses. Da seien die Chancen, auf den Gang der Gesetzgebung einen Einfluß auszuüben, keine großen, und eine gewisse Entsagung geboten. Auch Sie dürfen von uns dreien, der Hälfte dieser großen Fraction, keine Ummwälzungen verlangen und Zumuthungen an uns stellen, die wir nicht erfüllen können. Er habe sich da aber seinen älteren Kollegen Richtert zum Vorbild genommen. Wenn dieser, früher ein Mitführer einer großen, mächtigen Partei, auch heute noch mit aller, nie versagender Lust und Frische bei der Arbeit sei, bei der er doch oft nicht allein auf Widerpruch, sondern auch auf einen gewissen Hohn der Gegner stoße, so müssen wir Jüngeren erst recht uns bemühen, auch unter den schwierigen Verhältnissen, wie sie heute für den Liberalismus bestehen, unsere Pflicht zu thun, so gut wir können. Vor Jahresfrist habe er erlebt, daß, als Richtert eine Ansicht im Landtage ausgesprochen, in welcher doch alle Liberalen überein stimmten, ihm das Recht bestritten wurde, im Namen der Liberalen zu sprechen: „Herr Richtert mit seinen 5 Myrmidonen!“ (Heiterkeit.) „Was bedeute denn der?“ Er (Ehlers) habe darauf bei einer späteren Gelegenheit an den Artikler (aus der nationalliberalen Partei) die Anfrage gerichtet: ob etwa die Leistungsfähigkeit eines Abgeordneten dadurch festzustellen sei, daß man den Bestand des Einzelnen mit der Zahl seiner Fraktionsgenossen multiplicire! Indes, ihm selber sei doch auch manchmal der Gedanke gekommen, daß es am Ende besser wäre, wenn der Einzelne etwas weniger Bestand aufzuweisen habe, dafür aber der Multiplicator, die Zahl der Parteigenossen größer wäre. Auf der Linken seien vielleicht zu viel Führer, jedenfalls aber zu wenig Soldaten. Am letzten Ende kommt es doch darauf an, mit wie viel Stimmen eine Partei in die Abstimmung hineingehen kann. Große und deshalb mächtige Parteien seien aber nur zu Stande zu bringen, wenn der einzelne Politiker es über sich gewinnen könne, in untergeordneten Fragen auch einmal nachzugeben. Je länger er lebe, desto mehr befestige sich bei ihm die Ansicht, daß das Leben auch in der Politik mehrfach Compromisse verlange. Wenn er einmal eine erhebliche Macht in seiner Hand hätte, so würde er sie dazu benutzen, die kleinen trennenden Sachen bei Seite zu schieben und nur die großen Gesichtspunkte des Liberalismus in den Vordergrund stellen. So lange sich aber die liberalen Männer nicht daran gewöhnen können, auch abweichende Meinungen unter sich zu dulden, werde der Liberalismus auch nicht wieder zu einer maßgebenden Stellung kommen. Wir sollten uns vergegenwärtigen, wie uns die Kriege 1866 und 1870/71 zusammengehämert haben, wir müssen aber heute das noch nachträglich ausbauen, was wir damals errungen haben. Welcher Mensch sei nun so stolz und übermüthig, daß er es wage, die Geschichte eines großen Volkes nach der Schwabone zu gestalten, die er sich zurechtgelegt habe. Jeder müsse doch immer anerkennen, daß unter 50 Millionen Deutschen auch andere Gedanken haben und daß nicht alles nach seinem Kopfe gehen könne. Jeder ordentliche Deutsche müsse eigentlich zwei Abgeordnete haben: einen mehr links, wenn er sich geärgert habe, und einen mehr rechts, wenn er munterer sei. Das müssen wir uns abgewöhnen. Er sehe die Zukunft unseres Volkes nicht mit trüben Augen an; in unserer Nation stehe ein kräftiger und tüchtiger Kern, und es müssen schon ganz schwere Schläge kommen, wenn sie zu Grunde gehen soll. Er wolle hier nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen und die Schwierigkeiten schildern, welche den wenigen Freisinnigen bei der Mitwirkung am Volksschulgesetz, der Eisenbahnreform und Finanzpolitik entgegenständen. Er könne für heute nur den Wunsch aussprechen, dahin zu streben, daß der Liberalismus wieder auf eine breitere Basis im Volke gestellt werde. Nur wenn wir das lernen, über kleine Meinungsverchiedenheiten hinweg zu kommen, werden wir das, was wir verloren, in mühsamer Arbeit wieder gewinnen. Dann werden wir auch den Tag erleben, an dem wir sagen können:



